

Deutschland-Langquaid: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 45/2023 03/03/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Herrngiersdorf
Postanschrift: Marktplatz 24
Ort: Langquaid
NUTS-Code: DE226 Kelheim
Postleitzahl: 84085
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Hr. Ludwig Wagner
E-Mail: Ludwig.Wagner@langquaid.de
Telefon: +49 945291223

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.herrngiersdorf.de>
Adresse des Beschafferprofils: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1cf768>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1cf768>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1cf768>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Hitzler Ingenieure
Postanschrift: Weimarer Straße 32
Ort: München
NUTS-Code: DE212 München, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 80807
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): HITZLER INGENIEURE – Vergabemanagement
E-Mail: markus.maul@hitzler-ingenieure.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.hitzler-ingenieure.de>
Adresse des Beschafferprofils: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1cf768>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau Sporthalle und Mittagsbetreuung Sandsbach - Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 4, 5 und 6, Leistungsphasen 1-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI,

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Herrngiersdorf plant den Neubau einer Kleinfeldsporthalle und die Erweiterung der Mittags - und Ganztagesbetreuung für die Grundschule Sandsbach im laufenden Betrieb. Beide Gebäude sollen in Holz/Holzrahmenbauweise erstellt werden und weisen eine Fläche von ca. 700m² NUF auf. Neben der Wirtschaftlichkeit im Hinblick auf die bauliche Umsetzung liegt ein großer Stellenwert auf die Energieeffizienz für den späteren Betrieb.

Die Kosten des Projektes (KG 300-500) werden auf 3.0 Mio € Brutto geschätzt.

Die Meilensteine zur Umsetzung des Projekts sehen vor:

- Leistungsbeginn: Juli 2023
- Baubeginn: März 2024
- Fertigstellung: Sept. 2025

Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufenweise) zu beauftragen:

Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 4, 5 und 6, Leistungsphasen 1-9 gemäß §§ 53 ff. HOAI.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 50 577,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71334000 Dienstleistungen im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE226 Kelheim

Hauptort der Ausführung: Grundschule Sandsbach Schulstraße 1 84097 Herrngiersdorf

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Herrngiersdorf plant den Neubau einer Kleinfeldsporthalle und die Erweiterung der Mittags - und Ganztagesbetreuung für die Grundschule Sandsbach im laufenden Betrieb.

Die Grundschule geht mit ihrem Ursprungsbau auf die 1960er Jahre zurück. Im Jahr 2015 wurde die Einrichtung um einen Anbau mit 2 Klassenzimmern und einem Multifunktionsraum erweitert. Die L-förmige Ergänzung ist sowohl mit Flach- als auch Satteldächern ausgeführt.

Angelehnt an die Formensprache und Typologie der ersten Erweiterung sieht das Konzept der Mittagsbetreuung und Kleinsporthalle einen weiteren L-förmigen Anbau südlich der derzeitigen Gebäudestruktur vor. Städtebaulich gleicht die fertige Struktur einem Kamm.

Die Mittagsbetreuung dient in der Verlängerung der Haupterschließung als Verbindungsbau zur Sporthalle in Nord-Süd Richtung.

Mit einer Fläche von ca. 120 m² ist sie als großer Raum mit mobiler Trennwand geplant. Im Anschluss daran befindet sich die Küche mit Bedientheke. Die Gastronomie ist dabei als reine Ausgabeküche vorgesehen. Das Mittagsessen wird fertig angeliefert und an die Schüler ausgegeben. Für Hausaufgabenbetreuung stehen zusätzlich Klassenzimmer und der bestehende Multifunktionsraum zur Verfügung. Ein weiterer Eingang zwischen Mittagsbetreuung und Sportbereich ermöglicht eine eigenständige Nutzung dieser Bereiche unabhängig vom Schulbetrieb.

Ebenfalls in Verlängerung der Haupterschließung liegt der Zugang zur Sporthalle sowie den WC-Anlagen und Umkleieräumen. Am Ende dieser Achse befindet sich der direkte Zugang zum Außensportbereich.

Die Kleinsporthalle hat eine Größe von 14,00m x 20,00m. Daran angelagert sind der Erste-Hilfe-Raum, die Umkleide der Lehrkraft und das Lager für Sportgeräte.

Eine Treppe vom Hauptflur erschließt das Obergeschoss der Sporthalle. Hier erreicht man über die Galerie mit Blick zur Sporthalle einen weiteren Mehrzweckraum mit ca. 64 qm und den Technikbereich.

Konstruktion/Technik:

Im Zuge einer nachhaltigen und ökologischen Ausrichtung und Entwicklung der Schule wird eine Holzbaukonstruktion für die Erweiterung der Schule favorisiert. Im Sinne einer durchgängigen Gestaltung ist für den Verbindungsbau in Anlehnung an den Bestandsbau eine Putzfassade vorgesehen. Um den erhöhten Gebäudeteil der Sporthalle abzusetzen, favorisiert die Bauherrin für diesen Baukörper eine Holzfassade. Neben der Wirtschaftlichkeit im Hinblick auf die bauliche Umsetzung liegt ein großer Stellenwert auf die Energieeffizienz für den späteren Betrieb. Das bei der ersten Erweiterung errichtete Heizhaus mit Pelletheizung sollte noch Reserven für die neue Erweiterung vorhalten und den Heizenergiebedarf mit abdecken können. Dies muss noch im Detail geprüft werden. Die Sporthalle so wie die Mittagsbetreuung sollen mechanisch mit Wärmerückgewinnung belüftet werden.

Die Meilensteine zur Umsetzung des Projekts sehen vor:

- Leistungsbeginn: Juli 2023
- Baubeginn: April 2024
- Fertigstellung: Sept 2025

Der Erweiterungsbau hat eine Fläche von ca. 700m² NUF

Die Kosten werden auf ca. 3.0 Mio € Brutto geschätzt und gliedert sich in folgende Aufteilung der KG:

- KG 300 2,30 Mio €
- KG 400 0,53 Mio €
- KG 500 0,17 Mio €

Für die Maßnahme sind die Leistungen der Technischen Ausrüstung, Anlagengruppen 4, 5 und 6 gemäß §§ 53 ff. HOAI zu vergeben. Die Leistungen werden stufenweise beauftragt. Zunächst wird in der 1. Beauftragungsstufe die Leistungsphase 1 - 3 gemäß § 55 HOAI beauftragt. In den darauf folgenden Beauftragungsstufen werden die Leistungsphasen 5-9 (stufenweise) gemäß § 55 HOAI abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Leistungsphasen besteht nicht.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Besetzung / Gewichtung: 35

Qualitätskriterium - Name: Fachtechnische Lösungsansätze / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Strukturelle Herangehensweise an das Projekt / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck Konzept / Gewichtung: 5

Kostenkriterium - Name: Honorarangebot / Gewichtung: 20

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 50 577,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 26/06/2023 Ende: 01/09/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber, die bei Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise zum Verhandlungsverfahren ausgewählt werden (§ 51 Abs. 1 S. 1 VgV), erfolgt anhand folgender Kriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz netto des Bewerbers in den letzten 3 Jahren von 2020-2022 (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) – Wichtung 5 %.

Gesamtumsatz

≥ 100.000 EUR/a (5 Punkte)

< 100.000 EUR/a und ≥ 75.000 EUR/a (2,5 Punkte)

< 75.000 EUR/a (0 Punkte)

2. Angabe der Beschäftigten der letzten drei Jahre von 2020 bis 2022 für das gesamte Büro des Bewerbers in Bezug auf technisch ausgerichtete Aufgabenbereiche (in Anlehnung an § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) Die zu vergebenden Punkte für technische Mitarbeitende (Ingenieure /Architekten, staatlich geprüfte Techniker, Meister u. ä.) werden wie folgt abgestuft: – Wichtung 5 %.

≥ 3 techn. Mitarbeiter (5 Punkte)

< 3 und ≥ 2 techn. Mitarbeiter (2,5 Punkte)

< 2 techn. Mitarbeiter (0 Punkte)

3. Darstellung von max. 3 Referenzprojekten aus den letzten 5 Jahren von 2018 bis zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge gemäß IV.2.2) dieser Bekanntmachung, aus der die Erfahrung des Bewerbers bei Projekten mit vergleichbaren Anforderungen hervorgeht – Wichtung 90 %.

Referenzprojekte die vor 01. Januar 2018 in Betrieb genommen wurden, werden bei der Wertung nicht berücksichtigt.

Folgende Anforderungen sollte durch die Referenzprojekte erfüllt sein: Je Kriterium max. 5 Punkte

Referenzprojekt 1+2

— Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Maßnahme die unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt wurde.

— Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Neubau- oder Erweiterungsmaßnahme

— Durch den Bewerber wurden mindestens die Anlagengruppen 4+5+6 (gem. § 53 HOAI) erbracht?

— Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Kgr. 440+450+460 ≥ 0,15 Mio. € brutto.

- Durch den Bewerber wurden mindestens die Leistungsphasen 2–8 gemäß § 55 HOAI erbracht.
 - Derzeitiger Projektstand des Referenzprojekts ist mindestens Leistungsphase 8 oder das Projekt ist abgeschlossen.
- Referenzprojekt 3
- Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Maßnahme die unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt wurde.
 - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Neubau- oder Erweiterungsmaßnahme
 - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um ein Bauvorhaben für Kinder (Schule, KITA, Sporthalle)
 - Durch den Bewerber wurden mindestens die Anlagengruppen 4+5+6 (gem. § 53 HOAI) erbracht?
 - Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Kgr. $440+450+460 \geq 0,15$ Mio. € brutto.
 - Durch den Bewerber wurden mindestens die Leistungsphasen 2–8 gemäß § 55 HOAI erbracht.
- Es können 30 Punkte je Referenzprojekt erreicht werden. Die maximal zu erreichende Punktzahl im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind 100 Punkte.
- Die teilweise Erfüllung der vorgenannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung. Eine Übersicht ist der „Anlage C – Kriterienkatalog“ zu entnehmen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Leistungsphasen 1–9 gemäß § 55 HOAI

— Beauftragungsstufe 3: Leistungsphasen 5 - 7 gemäß § 55 HOAI

— Beauftragungsstufe 4: Leistungsphasen 8 - 9 gemäß § 55 HOAI

— Besondere Leistungen gem. Anlage 10 HOAI, hier insbesondere:

- Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist (Lph. 9).

Die Planungsleistungen werden stufenweise beauftragt, soweit erwartete Fördermittel für die jeweilige Stufe bewilligt werden, soweit die Finanzierung gesichert ist und soweit keine schwerwiegenden Gründe gegen eine Weiterbeauftragung vorliegen. Hierbei handelt es sich um solche Gründe, die im Falle einer bereits erfolgten Beauftragung den Auftraggeber zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigen würden.

Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung einzelner Beauftragungsstufen, besonderer Leistungen oder Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Der Auftraggeber bzw. dessen Verfahrensbetreuer korrespondiert ausschließlich elektronisch, vorrangig über die unter 1.3) genannte Vergabepattform. Bewerbungen sind ausschließlich unter Verwendung des Bewerbungsbogens möglich. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied auszufüllen.

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1.) Basisinformation zum Unternehmen des Bewerbers (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw. –

soweit zutreffend – zu den an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten, Leistungsanteil)

2.) Eigenerklärung (soweit zutreffend) der Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen

Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung.

3.) Nachweis über die Berechtigung des vorgesehenen Entwurfsverfassers, die Berufsbezeichnung

Ingenieur zu tragen oder in Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV)

4.) Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen

5.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB

6.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB

7.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, §

21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz und § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

8.) Für ausländische Unternehmen in Bezug auf die vorstehenden Punkte 5.) bis 7.):

Erklärung, dass keine

Ausschlussgründe vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit den vorgenannten

gesetzlichen Anforderungen vergleichbar sind.

9.) Erklärung zum Russlandbezug des Bieters / die Bietergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern,

Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen

10.) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er die Weitergabe von Auftragsteilen verpflichtend anzugeben. Eine Benennung der Nachunternehmer

erfolgt im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs unter Verweis auf § 36 Abs. 1. S. 1 VgV freiwillig. Eine

entsprechende Verpflichtungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.

11.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen

in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), so hat er diese zu benennen und für sie mit der

Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Nimmt der Bewerber im Rahmen einer

Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherungsdeckung in Höhe von 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden im Fall der Zuschlagserteilung. Die Versicherung muss für die gesamte Vertragszeit unterhalten werden. Die Vorlage des Versicherungsnachweises nach Aufforderung ist zwingende Voraussetzung für die Zuschlagserteilung.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Satz 1 VgV

In einem ersten Schritt wird anhand einer Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren von 2020 bis 2022 erbrachten Leistungen die prinzipielle Eignung des Bewerbers geprüft. Bei dieser Liste ist je erbrachter Leistung die Angabe des Rechnungswertes (Kgr. 440+450+460, DIN 276, brutto), der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der Dienstleistungen zu machen. Als prinzipiell geeignet werden Bewerber eingestuft, wenn sie anhand der selbst zu erstellenden Liste nachweisen können, dass aktuelle Erfahrungswerte bei der Erbringung vergleichbar komplexer Maßnahmen vorliegen.

Die Auswahl der Bewerber, die bei Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise zum Verhandlungsverfahren ausgewählt werden (§ 51 Abs. 1 S. 1 VgV), erfolgt gemäß Abschnitt II.2.9) dieser Auftragsbekanntmachung.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 30/03/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die unter II.2.7. benannten Termine für die Laufzeit des Vertrags beziehen sich auf den geplanten Beauftragungszeitpunkt (Beginn) und die geplante Nutzungsaufnahme der Hauptmaßnahme (Ende). Die Leistungszeit der Mängelbeseitigung, Restabwicklung und Abrechnung der Maßnahme, Erstellung/Übergabe einer vollständigen Dokumentation der erbrachten Planungsleistungen (inkl. Abnahme der Planungsleistungen) sowie die Leistungszeit der kompletten Lph. 9 können zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht exakt angegeben werden, sind daher im genannten Zeitraum nicht enthalten und müssen hinsichtlich der tatsächlichen Laufzeit des Vertrages noch dazugerechnet werden.

Je Bewerber ist nur ein Teilnahmeantrag, je Bieter nur ein Angebot zulässig.

Mehrfachbewerbungen bzw. -angebote führen zum Ausschluss vom Verfahren. Als Mehrfachbewerbungen/-angebote gelten auch mehrere Bewerbungen/Angebote von Einzelpersonen innerhalb verschiedener Bietergemeinschaften. Bewerber bzw. Bieter übermitteln ihre Teilnahmeanträge bzw. Angebote in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV über die genannte Vergabeplattform.

Der Bewerber/Bieter trägt das Risiko der fristgerechten Übermittlung seines Teilnahmeantrags /Angebots. Zusätzliche bzw. ergänzende Angebotsunterlagen werden nicht berücksichtigt. Die Vergabeunterlagen stehen auf der unter Ziffer I.3. dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform zum Download zur Verfügung. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsebene der unter Ziffer I.3) dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist auf der unter Ziffer I.3. dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform/Homepage zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebotsfrist auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben. In einem solchen Fall wird unverzüglich ebenfalls auf der unter Ziffer I.3. dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform informiert.

Es besteht die Möglichkeit der freiwilligen Registrierung auf der unter Ziffer I.3. dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform. Die Bewerber/Bieter, die sich freiwillig registrieren, werden über die verbindlichen Stellungnahmen auf die eingereichten Fragen und Anmerkungen per E-Mail informiert.

Bei Bietergemeinschaften sind neben der Eigenerklärung gemäß Ziffer III.1.1. auch die weiteren gem. Ziffer III.1.1. bis III.1.3. geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied gesondert zu erbringen.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß § 75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern bei der Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80583

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Internet-Adresse: <http://www.regierung-oberbayern.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB). Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

27/02/2023